



Castortransport im November

Politisches Verwirrspiel um Transporttermine '06 und '07 wegen Sicherheitsmängeln

Der nächste Transport von 12 Castoren aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben ist zum 13. November diesen Jahres geplant. Der Startschuss für bunte und kreative Widerstandsvorbereitungen ist längst gefallen. Das politisch inszenierte Verwirrspiel um stattfindende oder ausfallende Transporte 2006/2007 soll nur von Castorsicherheitsproblemen ablenken.

Der niedersächsische Innenminister Schünemann behauptet beharrlich, man bemühe sich darum, wegen hoher Polizeibelastung durch die WM und den Weltwirtschaftsgipfels im Frühjahr nächsten Jahres entweder 2006 oder 2007 keinen Castortransport stattfinden zu lassen. Dabei sind die Transportvorbereitungen für diesen November bereits seit Januar angelaufen. Seit Anfang des Jahres werden in La Hague die Behälter für den Transport beladen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat am 5. Mai eine bis 31.03.07 befristete Transportgenehmigung erteilt. Erste Hinweise auf Urlaubssperren bei der Polizei bestätigen den Transporttermin.

2007 keine Transporte? Jein!

Dann fährt also 2007 kein Transport? Jein! Beantragt sind nämlich auch Castortransporte aus der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe (WAK) nach Gorleben und das Zwischenlager in Lubmin. Beim Betrieb der WAK sind zwischen 1971 und 1990 über 200 t abgebrannter Brennelemente aus Forschungs- und

Leistungsreaktoren "aufgearbeitet" worden. Eines der Ergebnisse sind knapp 70.000 Liter hochbrisantes Strahlengemisch, das in Spezialtanks permanent gerührt und gekühlt werden muss, damit es zu keiner Kettenreaktion kommt. In der fast fertiggestellten Verglasungsanlage soll die plutoniumhaltige Brühe eingeschmolzen und als Glaskokillen in 1,3 m hohe 150-l-Stahlbehälter gefüllt werden. Wenn also seitens der Politik geäußert wird, "2007 keine Transporte nach Gorleben", so ist dies nur auf den Absender La Hague bezogen. Und der vermutliche Ausfall eines Transports aus La Hague 2007 liegt weder an der WM noch dem G8-Gipfel im Ostseebad Heiligendamm, sondern an Sicherheitsproblemen der Atomindustrie.

In die französische WAA wurden in den letzten Jahren Brennelemente mit erhöhtem Abbrand verfrachtet. Ohne allerdings einen Behälter vorweisen zu können, bzw. zu müssen (!), in dem der Müll zurückverfrachtet werden könnte. Die erhöhten Abbrandraten erfordern Behälter, die mehr Wärmeleistung aufnehmen können. Auch die höhere Neutronenstrahlung erfordert neue Container. War der bislang genutzte Castor HAW 20/28 CG für 45 kW Wärmeinventar für 40 Jahre Zwischenlagerung zugelassen, muss nun ein Behälter für 56 kW her. Und mit der Sicherheit dieses Castors HAW 28 M gibt es offensichtlich erhebliche Probleme. Die beim BfS eingereichten Unterlagen zur beantragten Bauartzulassung sind noch nicht abgeschlossen.

Castor-Falltest – Gab es einen Unfall?

Neben einer simplen "3-D-Simulation zur Behältergeometrie" durch die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) wurden bis Dezember 2005 auf dem Gelände der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) in Horstwalde bei Berlin von 16 geplanten Falltests 14 durchgeführt. Warum die beiden restlichen Tests nicht durchgeführt wurden, war bislang nicht in Erfahrung zu bringen. Gab es einen Unfall? Dabei war nicht einmal ein Originalbehälter im Einsatz, sondern nur eine kleine 1:2-Modellversion.

An sämtlichen Behältertypen, die bisher nach Gorleben kutschiert wurden gab es keinen Falltest an Originalbehältern. Seit Jahren haben wir immer wieder moniert, dass die bislang benutzten Castor-Behälter einen Sturz aus großer Höhe oder einen Aufprall nicht ohne Schaden überstehen. Wolfgang Neumann, Physiker des Umweltberatungsbüros "Gruppe Ökologie" in Hannover analysiert seit Jahren die



"Castor-Sicherheit". Auch bei den neuen Castoren "sind bei einem schweren Unfall Freisetzen nicht ausgeschlossen", so ein Fazit.

"Jetzt gibt es Falltests", so Neumann, der die Planungsunterlagen der neuen Castoren kennt, "aber nur mit verkleinerten Modellen" (taz 5.6.06). Das reiche nicht. Nötig seien Tests mit Originalen. Der Sicherheitsnachweis laufe weiterhin nur über Computersimulationen, kritisiert Neumann. Schwere Crashes oder Belastungen der hochradioaktiven Behälter durch Brände könnten durch das Raster der Tests fallen. "Wenn man sich bei den Berechnungen irrt", sagt Neumann, "kommt es bei erheblichen Belastungen zu einem schweren Unfall". Das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz kann die Befürchtungen nicht bestätigen. "Wir prüfen die Sicherheit der neuen Castortypen noch", sagte ein Sprecher gegenüber der taz. Das Ergebnis könne er nicht vorwegnehmen. "Im kommenden Jahr wird wahrscheinlich kein Transport ins Zwischenlager Gorleben stattfinden", orakelt Jutta Kremer-Heye, Sprecherin des niedersächsischen Umweltministeriums. Das besage ein GNS-Bericht. Währenddessen versucht Innenminister Schünemann die offensichtlichen Castor-Probleme zu verschleiern, in dem er ausschließlich mit Polizeüberlastung eine Absage eines Transports 2007 begründet. Seit Anfang des Jahres verhandelt das Kanzleramt bereits mit Frankreich über Rücktransporte. Worum geht es dabei eigentlich wirklich?

Francis Althoff

Inhalt

- S. 1 Castortransport im November
- S. 2 Energiepolitik 2006
- S. 3 Bekanntmachung der Freien Republik Wendland
Verstrahlung in La Hague
- S. 4/5 Es gibt kein sicheres Endlager Weltweit!
Endlager im Northern Territory
USA - Yucca Montan
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Einfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei

Energiepolitik 2006 Neues aus der EU

Der nächste EU-Frühjahrgipfel 2007 hat für uns eine große Bedeutung wegen der dort zu behandelnden umfänglichen Energiethemen und -weisenstellungen, z. B. Weißbuch nach dem Grünbuch, besonders aber die sogenannte Renaissance der Atomenergie, die in der Atomwirtschaft und Politik wie eine Fata Morgana herumgeistert. Wichtig wird insbesondere Finnland sein, weil für die Atombetreiber das der Vorzeigefall für ein neues AKW ist.

Deutschland übernimmt im ersten Halbjahr vom 01.01.2007 bis 30.06.2006 den Vorsitz des EU Rates, das bedeutet, die EU Frühjahrskonferenz 2007 findet vielleicht in Berlin oder an einem anderen Ort in Deutschland statt.

Der EU Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) hat am 15. Mai 2006 in Straßburg über das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (7. FRP) abgestimmt. Das Programm, das mit über 54 Mrd. Euro für die nächsten sieben Jahre einer der größten Posten des EU-Haushaltes ist, legt die Forschungsausgaben der EU für den Zeitraum 2007- 2013 fest.

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) wird sich bald in erster Lesung mit dem 7. FRP befassen, es gilt das Mitbestimmungsverfahren. Ausgenommen sind die Ausgaben für die atomare Forschung: diese sind Teil des Paketes, aber bei Euratom angesiedelt, weshalb das EP keinerlei Mitsprache hat, sondern lediglich angehört wird. Der Euratom Vertrag wurde 1957 beschlossen und steht immer noch unverändert in der politischen Landschaft. Zum EU Parlament gab es 1979 die ersten Wahlen, so ist das EP für den Euratom Vertrag nicht zuständig, sondern die EU Kommission.

Erstmals werden Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) das Recht erhalten, bei der EU Kommission Forschungen anzuregen, die ihren Arbeitsbereich betreffen. Werden Gelder bewilligt, so werden diese gemeinsam mit der EU Kommission eingesetzt, die NROs erhalten ein direktes Mitspracherecht. Es soll auch eine europäische Wissensdatenbank eingerichtet werden, in der Forschungsergebnisse aus den EU-Programmen gesammelt und Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Die Abstimmung im EP steht noch aus.

4,062 Mrd. Euro für nukleare Forschung

Trotz der großen Herausforderungen vor denen der europäische Energiemarkt steht mit dem weltweit wachsenden Energieverbrauch sowie der Notwendigkeit zur Verhinderung des Klimawandels den CO₂ Ausstoß zu verringern, sind nur rund 4 Prozent des Gesamtbudgets

(2,235 Mrd. Euro) für die so genannte nicht-nukleare-Energieforschung vorgesehen, davon wiederum geht nur ein kleiner Teil in die Forschungen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die genauen Beträge sind mir noch nicht bekannt.

Dem stehen 4,062 Mrd. Euro für die nukleare Forschung gegenüber - fast das Doppelte der sonstigen Ausgaben für Energieforschung. Davon gehen 2,9 Mrd. Euro an die Fusionsforschung - hauptsächlich an den Fusionsforschungsreaktor ITER, der in Frankreich in Cadarache gebaut wird. Dabei ist von der Fusionstechnik in absehbarer Zeit kein Beitrag zum Klimaschutz oder der Versorgungssicherheit zu erwarten, da die kommerzielle Nutzung noch Jahrzehnte in der Zukunft liegt. Schon vor 50 Jahren wurde der Bevölkerung versprochen, dass die Kernfusion demnächst kommen würde. Viele Mrd. sind schon in diese Technik weltweit geflossen und keine "Erfolge" sichtbar. Ein Geldmassengrab für eine völlig falsche Energiepolitik, die nach wie vor auf Großtechnologie setzt zum Wohle der privatwirtschaftlichen globalisierten Energiekonzerne.

Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien haben von der EU nur ein paar Brotkrumen auf dem Boden zu erwarten und die drei Es sind gerade mal gut genug für die Sonntagsreden der politischen Klasse in Berlin und in EU Brüssel.

Zur Erläuterung: Das Grünbuch ist die Diskussionsgrundlage in der EU und in der Öffentlichkeit.

Ein Weißbuch ist die Handlungs- und Entscheidungsgrundlage für den EU Rat, die EU Kommission und das EU Parlament. Die EU, USA, Japan, China, Russland und Südkorea verständigten sich über den Bau des so genannten ITER - Reaktors. Sie beschlossen, für insgesamt 9,6 Milliarden Euro einen Versuchsreaktor in Cadarache (Südfrankreich) zu errichten und 20 Jahre lang zu betreiben. Die Kernfusion gilt bei ihren Befürwortern als die möglicherweise wichtigste Energieform der Zukunft. Bis zu einer industriellen Nutzung von ungefähr 2035 an sind aber noch lange Testserien nötig. Japan lässt sich den Verzicht teuer bezahlen und kommt nicht wie geplant für 16, sondern nur für zehn Prozent der Kosten auf. Auch erhalten die Japaner 20 Prozent der industriellen Aufträge rund um das Projekt und stellen ein Fünftel des Personals, darunter den Projektleiter. Die Europäische Union übernimmt 40 Prozent der Kosten, Frankreich allein ein Viertel davon, also zehn Prozent. Gleichviel steuern die USA, Russland, China und Südkorea bei. (FR, 29.06.2005)

Dieter Kaufmann,
Ak gegen Atomanlagen Frankfurt



Bekanntmachung der Republik Freies Wendland gegen Atomwirtschaft und Polizeiwillkür

Warum wir vor das Bundesverfassungsgericht ziehen: Tragen Sie unsere "Verfügung" durch Ihre Unterschrift mit - in voller Länge veröffentlicht vor dem nächsten Castortransport!

Vor jedem Castortransport mit hochradioaktiven Abfällen in die Zwischenlager-Halle Gorleben veröffentlicht die Polizei in der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung ein weitläufiges Demonstrationsverbot im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Auf bis zu fünf (!) Zeitungsseiten findet sich in Miniaturschrift eine abstruse Gefahrenprognose aus zusammengesuchten, einzelnen Vorfällen aus der Vergangenheit, die als Begründung für die Sonderrechtszone Gorleben, die alle trifft, her halten sollen. Diese Demoverbote wurden mit schöner Regelmäßigkeit von Gerichten für unrechtmäßig erklärt. Allerdings immer erst nach den Castortransporten und auch das hat die Behörden nicht davon abhalten können, beim nächsten Castortransport wieder in die juristische Trickkiste zu greifen und ein erneutes Verbot zu verkünden.

Wir sind es Leid, dieses Spiel mit zu spielen! Deshalb haben wir im Oktober 2005 Klage gegen die Demoverbote beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Und wir drehen den Spieß jetzt um: Vor dem nächsten Castortransport werden wir unser "Verbot" veröffentlichen: Gegen die Transporte von Jahrtausende tödlich strahlendem Atommüll und gegen die einer Demokratie unwürdigen Polizeieinsätze gegen die eigene Bevölkerung. Denn wir haben nach wie vor gute Gründe, auf die Straße zu gehen. Mit unserer "Verfügung" werden wir 20 Jahre

nach dem Tschernobyl-GAU unsere Argumente gegen die Nutzung der Atomenergie, gegen den Versuch den maroden Salzstock Gorleben zum Endlager zu machen und gegen den polizeilichen Besatzungszustand im Wendland minutiös zusammentragen. Alle geschilderten Vorfälle sind durch Quellen zweifelsfrei belegbar, häufig sind "unverdächtige" Institutionen, wie Ministerien oder Gerichte unsere Kronzeugen. Denn in Gorleben läuft seit fast dreißig Jahren eine Schmierkomödie zwischen Energiewirtschaft und Politik: Hier bei den "dummen Bauern" in dem dünnbesiedelten Gebiet zwischen Elbe und Drawehn wollen die Energieversorgungsunternehmen möglichst billig Ihren giftige Strahlenmüll verbuddeln. Ohne uns! Wir kämpfen für die Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!

Unsere "Verfügung" dient gleichzeitig der argumentativen Unterstützung unserer Verfassungsbeschwerde. Unterschreiben auch Sie die "Bekanntmachung der Freien Republik Wendland gegen Atomwirtschaft und Polizeiwillkür" und unterstützen Sie die Veröffentlichung vor dem nächsten Castortransport mit 5,- Euro. Alle Unterzeichner werden mit Namen, Beruf und Wohnort unter der Anzeige erwähnt.

Ein Lachen wird es sein, das sie besiegt!

Republik Freies Wendland

Das Volk

Im Auftrage:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.,

Bäuerliche Notgemeinschaft

Verstrahlung in La Hague Atommüll aus Deutschland verseucht Grundwasser

Greenpeace legt neuen Bericht vor: Grundwasser in der Normandie radioaktiv verseucht

La Hague - Eine Halde mit radioaktivem Atommüll auch aus Deutschland verseucht Grundwasser in der Normandie in Frankreich. Das französische Labor ACRO legte heute in der Normandie im Auftrag von Greenpeace einen Bericht über die radioaktive Situation um die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in der Normandie vor. Die Wasserproben weisen Tritiumwerte von 750 Becquerel pro Liter auf und übersteigen damit die europäischen Grenzwerte von 100 Becquerel pro Liter für die radioaktive Belastung von Wasser um mehr als das Siebenfache. Das Wasser wird durch die CSM-Abfallhalde (Centre Stockage de la Manche) für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll belastet und von den ortsansässigen Bauern zum Tränken ihrer Tiere benutzt.

Die Lage ist katastrophal

"Die Lage am Standort La Hague ist katastrophal. Hier wird offenbar, dass Staat und Atomindustrie nicht einmal in der Lage sind, schwach- und mittelradioaktiven Atommüll sicher zu lagern, geschweige denn hochradioaktiven", sagt Thomas Breuer, Atom-Experte von Greenpeace. "Auf der Halde liegt auch deutscher Atommüll. Insofern trägt Deutschland Mitverantwortung für die radioaktive Belastung der Normandie." In den Grundwasser führenden Schichten unter landwirtschaftlich genutzter Fläche in der Nähe der Abfallhalde liegt die durchschnittliche radioaktive Belastung bei 9.000 Becquerel pro Liter. Zurzeit wird hauptsächlich radioaktives Tritium gefunden. Tritium verursacht genetische

Schäden und erhöht das Krebsrisiko. Tritium wird in Wassermoleküle eingebaut. Wo heute Tritium gefunden wird, werden sich künftig auch andere gefährliche Stoffe wie Strontium 90 ausbreiten. Strontium 90 reichert sich in Knochen an und kann dort Krebs verursachen.

"Vor mehr als 30 Jahren wurde der französischen Öffentlichkeit versichert, dass die Wahl des Standortes der CSM-Abfallhalde aufgrund von intensiven geologischen und hydrologischen Untersuchungen getroffen wurde. Heute stellen wir nüchtern fest, dass die Radioaktivität sich nicht beherrschbar ausbreitet," so Breuer. In Deutschland versuche die Atomindustrie wider besseren Wissens der deutschen Bevölkerung weiß zu machen, dass man Atommüll sicher in Gorleben und im Schacht Konrad lagern könne.

Zwischen 1967 und 1994 wurden über eine Million Container mit 527.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktiven Atommüll auf die CSM-Müllhalde gekippt. Der größte Teil des radioaktiven Abfalls stammt aus Frankreich. Etwa zehn Prozent des radioaktiven Mülls stammen unter anderem aus Deutschland. Seit der Schließung der Müllkippe in der Normandie 1994 wird der Atommüll nach Ostfrankreich verbracht. Greenpeace fordert, Atomkraftwerke so schnell wie technisch möglich abzuschalten und die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennstäben, wie sie in La Hague stattfindet, weltweit zu stoppen. Die Atommüllkrise in Frankreich, wo immer noch deutscher Atommüll aufgearbeitet und gelagert wird, zeigt, dass von der Bundesregierung dringend eine alternative Endlagersuche gestartet werden muss.

Thomas Breuer

Seerau/ Hitzacker sich für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. - Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 68 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerrecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Es gibt kein sicheres

Das Problem: Die Nuklearindustrie hat weltweit Brennstoffe für mittlerweile 423 Atomkraftwerke produziert, ohne eine Lösung für die Endlagerung der abgebrannten Brennelemente zu schaffen. Bisher gibt es in keinem der 44 Länder, in denen Atommüll lagert, ein sicheres Endlager.

Die Sorglosigkeit, mit der nach dem Prinzip Hempel störender Schmutz einfach unter den Teppich gekehrt wurde, also in Zwischenlagern auf den Sankt Nimmerleinstag wartet, ist politisch begründet. Fachleute schlagen seit langem Alarm, denn die Gefahren, die von unsicheren Atommülllagern ausgehen, sind nicht abzuschätzen, und ihr Störfallpotenzial ist kaum geringer als das von Atomkraftwerken.

Doch Staaten wie die USA, Russland, China, Indien oder Pakistan

setzen weiter auf Atomkraftwerke. Mit ihnen wird nicht nur ein Teil der Energieversorgung ihres Landes gesichert; vor allem wird dort der Stoff für Atombomben ausgebrütet. Die militärische Nutzung der Atomenergie ist untrennbar mit der zivilen Nutzung verbunden. Das zeigt auch das aktuelle Beispiel Iran.

Ein Endlager, das wäre ein Riesengeschäft. Milliarden ließen sich mit der Lagerung von Atommüll aller Produzenten verdienen; niemand möchte darauf sitzen bleiben. In demokratischen Staaten ergeben Meinungsumfragen regelmäßig, dass Endlager in der eigenen Region von einer großen Mehrheit der Bevölkerung und auch von den meisten Regionalpolitikern abgelehnt werden; sie sind politisch kaum durchsetzbar.

So geht die Suche weiter.

Bernhard Mogge

Endlager im Northern Territory

Ureinwohner und Farmer haben Widerstand gegen das geplante Endlager angekündigt.

Der australische Senat hat ein Gesetz erlassen, um ein nationales Endlager für Atommüll im Northern Territory zu forcieren. Trotz Widerstand von Ureinwohnern, der Regierung des Northern Territory, Umweltgruppen und Gewerkschaft kann nun die Bundesregierung offiziell mit dem Bau eines Atommüllendlagers im Northern Territory beginnen, nachdem das Gesetz zur Atommüllentsorgung heute den Senat passiert hat. Mit 34 zu 29 Stimmen wurde das Gesetz zum Umgang mit radioaktivem Abfall heute verabschiedet.

Das Gesetz übergeht die Einwände, die das Northern Territory gegen das Atommüllager vorgebracht hatte, nachdem sich die Regierung von South Australia einem vorher bevorzugten Standort in der Nähe von Woomera widersetzt hatte. Das ist das erste Mal seit 1978, dass Territory Gesetz einfach übergangen wurde. „Das ist ein absolutes Disaster und zeigt die Verachtung für die Northern Territory Kommune, und es zeigt totale Verachtung für die Planungshoheit des Northern Territory, sagt Waaren Snowdon, ein Abgeordneter der Labor- Bundestagsopposition.

Die Territory Labor Regierung war ein entschiedener Gegner des Plans und argumentierte, dass das Atommüllager die BewohnerInnen einer neuen Sicherheitsbedrohung aussetzen würde.

Die Ministerpräsidentin von Northern Territory, Clare Martin, sagt, dass das Transportieren von Atommüll das Land verletzbar mache durch Terroristen, die darauf aus sind, schmutzige Bomben herzustellen. Miss Martin sagt, dass Experten Bedenken geäußert haben über die Sicherheit einer nationalen Atommüll-lagerstätte. Sie sagt, dass eine wissenschaftliche Debatte keine Rolle spielte für die Entscheidung der Bundesregierung, ein Endlager in Northern Territory zu bauen. Atommüll könnte das Ziel von Terroristen werden, wenn er durch das Land transportiert wird.

„Man müsste sehr genau bedenken, wie weit so gefährlicher Müll durch die Lande transportiert wird.“

„Und wenn so eine Anlage mitten in Australien gebaut wird, muß der radioaktive Müll dahin über Tausende von Kilometern auf der Straße trans-

portiert werden. Die Regierung könne keine Kooperation durch die Landesregierung erwarten.“

Nachdem nun das Gesetz durch ist, erwartet die Australian Conservation Foundation, dass der Ärger der Kommune eskaliert. „Vor einem Jahr gab die Bundesregierung den Menschen im Northern Territory die absolute Zusicherung, dass es kein Atommüllager in NT geben wird. Heute haben sie dieses Versprechen gebrochen und ein Gesetz durchgeputscht und dabei die Belange der Kommune einfach übergangen. „Nach Voraussage der Regierung werden allein im ersten Jahr 130 Tief-lader mit Atommüll von Sidneys Lucas Heights AKW an einen noch unbenannten Standort in NT fahren, und das wird für Jahrzehnte so weitergehen.

Liegend vor den Bulldozern

Haary Scott vom NT Umweltzentrum schlägt zivilen Ungehorsam vor ähnlich wie beim Widerstand gegen den Uranabbau in Jabiluka. „Ich denke nicht, dass die Menschen hier das so stillschweigend hinnehmen, außer liegend vor den Bulldozern.“ Das Umweltzentrum betont die Bedeutung des Atommülllagers für die Pläne der Regierung, ein zweites AKW zu bauen.

„Wenn wir das Endlager bekommen, bekommt Sidney das AKW. Die Errichtung eines Endlagers ist die Voraussetzung für die Betriebsgenehmigung für den geplanten OPAL Reaktor, der Lucas Heights ersetzen soll.“ Robertson vom Umweltzentrum weist darauf hin, dass das Atommüllproblem eine internationale Krise für die Atomwirtschaft erzeugt, weil es noch keine Endlager für bereits 250 000 Tonnen gegenwärtig existierenden hochradioaktiven Atommüll gibt.

Internationale Krise der Atomwirtschaft

Eine ausführliche Untersuchung der zur Auswahl stehenden Standorte, Fishers Ridge, 43 km südöstlich von Katherine, Harts Range, 100 km nordöstlich von Alice Springs, and Mount Everard, 27 km nordwestlich von Alice Springs wird im kommenden Jahr durchgeführt, so dass das Endlager bis 2011 fertiggestellt werden kann.

@ Wikinews v. 8.12.05 (Übersetzung E.Krüger)



Endlager weltweit!!!

USA - Yucca Mountain

Ein Kernproblem wird verdrängt

Wenn früher in Las Vegas die Erde kaum merklich bebte und die Gläser in den Regalen klirrten, wussten die Menschen, die sich dafür interessierten, dass das Department of Energy (DOE), das Energieministerium der Vereinigten Staaten, einen Atomtest in der Wüste von Nevada durchgeführt hatte. Rund 150 Kilometer nordwestlich von Las Vegas liegt das Testgelände, auf dem die Amerikaner von '50 - '92 mehr als 1000 nukleare Sprengsätze zündeten, bis 1962 auch oberirdisch.

Doch wirklich interessiert hat das in Nevada kaum jemanden. Bis der Reaktorunfall in Harrisburg 1979 und der Gau in Tschernobyl 1986

fünf Quadratkilometern erstrecken sollen. Mehr als sechs Milliarden Dollar wurden bisher verbaut – eine riesige Fehlinvestition, wie immer mehr Menschen nicht nur in Nevada glauben. Denn das Projekt erwies sich als eine schier endlose Serie von Pleiten und Pannen. Die Zweifel an der Eignung als Endlager nehmen zu. Nicht nur, dass in der Gegend häufig kleinere Erdbeben auftreten – in den letzten zwei Jahrzehnten wurden mehr als 600 Beben gezählt. Die Experten des Ministeriums behaupten zwar, sie hätten die seismische Aktivität in ihren Plänen beachtet. Garantien gibt es nicht, zumal für Zeiträume geplant werden muss, in denen sich das Gesicht der Erde stark verändern kann.

länglichkeiten gibt. Aber er mahnt, das Projekt endlich abzuschließen. "Wir haben jahrzehntelang gewartet. Jetzt müssen wir endlich hier, an diesem für gut befundenen Ort, anfangen, das Problem zu lösen."

Jahrzehntelange Atommülltransporte

Nirgendwo, also auch hier, gibt es bisher eine Lösung für ein weiteres Problem, das ein Endlager aufwirft: der Transport des strahlenden Mülls. In de USA etwa würde er jahrzehntelang über Highways durch von mehr als 50 Millionen Menschen bewohntes Gebiet führen. Mit Widerstand der Bevölkerung und der Politiker in den betroffenen Bundesstaaten wäre zu rechnen.

Bernhard Mogge



auch in den USA eine breite Diskussion über die Risiken der Kernkraft in Gang setzte. Neben den Begriff "Nuclear Test Site" für das von zahllosen flachen Kratern zerfurchte strahlende Gelände trat ein neues Wort: Yucca Mountain.

Nicht sicher für immer.

Seit bald zwei Jahrzehnten untersuchen Forscher im Auftrag des Energieministeriums, ob der vulkanische Gebirgsstock, der an das Testgelände grenzt, als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet sei. Von 2012 an sollen hier 70.000 bis 80.000 Tonnen dauerhaft gelagert werden. Die Wissenschaftler strahlen Optimismus aus – Yucca Mountain scheint alle Voraussetzungen zu erfüllen, die an ein Endlager gestellt werden, das Hunderttausende von Jahren sicher sein muss. Es muss beispielsweise knochentrocken sein, um eine Erosion der Behälter für den Atommüll zu verhindern. Das Tuffgestein dort gilt als wasserundurchlässig. Das ist wichtig, damit das Sickerwasser, das mit radioaktiven Materialien in Berührung kommen könnte, nicht das Grundwasser kontaminiert.

So wurde mit dem Bau von Tunneln begonnen, die sich kilometerlang über eine Fläche von fast

Es kam hinzu, dass beim Tunnelbau Feuchtigkeit im Berginnern entdeckt wurde. Zahllose kleine Gesteinsrisse ziehen sich möglicherweise durch den ganzen Berg. Robert L. Roux von der Agentur für Nukleare Projekte in Nevada versucht die Gefahr herunterzuspielen: "Einige Rechnungen des Energieministeriums gehen zwar davon aus, dass Radioaktivität ins Wasser freigesetzt wird. Aber die Verantwortlichen glauben, dass angesichts der Größe des Reservoirs die radioaktive Verschmutzung vernachlässigt werden kann."

Enteignungen und Entschädigungen

Vernachlässigt wird auch die rechtliche Situation: Das Land gehört nach einem völkerrechtlich gültigen Vertrag dem Volk der Western Shoshone, die es niemals an die USA abgetreten haben. Die fehlende Genehmigung der Indianer zur Nutzung ihres Landes versucht die Regierung durch einen Mix aus Enteignungen und Entschädigungen zu unterlaufen – nach alter Tradition, die Verträge mit den Ureinwohnern immer schon ignoriert hat.

Der Geologe John A. Hartley vom Yucca Mountain Project gibt zu, dass es viele Unzu-

Nein zu Endlager Benken

Nach der öffentlichen Auflage des Entsorgungsnachweises im Zürcher Weinland sind beim Bundesamt für Energie (BFE) rund 3.800 Stellungnahmen eingegangen. Fas drei Viertel stammen aus Deutschland.

Die Stellungnahmen würden in den nächsten Monaten vom BFE systematisch ausgewertet, heißt es in einer Mitteilung. Der Bundesrat werde aufgrund des Auswertungsberichts und den Nagra-Unterlagen voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2006 entscheiden, ob der Entsorgungsnachweis erbracht worden ist.

Nach langjährigen Untersuchungen hatte die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) im Dezember 2002 den Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle eingereicht, basierend auf dem Opalinuston des Zürcher Weinlandes. Aufgrund der geologischen Gegebenheiten ist nach Ansicht der Nagra im zürcherischen Benken, wenige Kilometer von der Landesgrenze zu Deutschland, ein Atomendlager technisch realisierbar. Von 2003 bis Herbst 2005 erfolgte die umfassende behördliche Überprüfung der von der Nagra eingereichten Unterlagen.

Vom 13. September bis 12. Dezember 2005 wurden sämtliche für den Entscheid relevanten Unterlagen öffentlich ausgelegt. Von den beim BFE eingegangenen rund 3.800 Stellungnahmen stammen rund 825 aus der Schweiz, 2.770 aus Deutschland, 200 aus Österreich und 5 aus Frankreich. 97,5 Prozent sind Stellungnahmen von Privatpersonen. Am Auflageverfahren beteiligt haben sich auch die Kantone Aargau, Schaffhausen, Solothurn, Thurgau und Zürich sowie Gemeinden, politische Parteien und Interessenorganisationen aus der Schweiz.

Aber auch das deutsche BMU, das österreichische Umweltbundesamt, das deutsche Bundesland Baden-Württemberg, das österreichische Land Vorarlberg sowie weitere Gemeinwesen aus dem benachbarten Ausland gaben Stellungnahmen ab, wie das BFE mitteilte.

Juli

- 1.7. **16 Uhr** Sommerfest bei Harry Günther in Reddebeitz
- 2.7. **14 Uhr** Delegiertentreffen in Braunschweig, Grottrian I OG, Zimmerstr. 24c
- 6.7. **9 Uhr** Süschendorf-Verfahren 3. Runde Landgericht Lüneburg Saal 2 I
- 6.7. Bochumer Energietag an der Ruhr-Uni Bochum
www.energieland.nrw.de
- 8.7. **ab 14 Uhr** Wendländisches Widerstands-Fussballturnier in Gedelitz zugunsten des EA
- 9.7.-12.7. Alternatives Energie-Forum in St. Petersburg organisiert von russischen Umweltgruppen
- 12.7. Fachtagung "Wohnprojekte eine Chance für die Revitalisierung der Städte?", www.wohnprojekte-niedersachsen.de
- 14.7. Grossdemonstration gegen Bush-Besuch in Stralsund
www.friedenskooperative.de
- 22.-30.7. Sommercamp in Gedelitz, www.wendlandcamp.de
- 28.-30.7. Festival in Bure,
www.burestop.org

August und später

- 4.-13.8. Camp G8-Gipfel, www.gipfelsoli.org, www.g8-2007.de
- 4.-9.8. Attac-Sommerakademie in Karlsruhe
www.attac.de/sommerakademie2006
- 13.-20.8. International anti-nuclear summer gathering in Dordogne
- 13.-15.10. Trainingswochenende "Empowerment für den Widerstand" in Verden, www.tagung-zugabe.de
- 3.-5.11. Trainingswochenende "Energiepowerment für den Widerstand" im Wendland, www.tagung-zugabe.de
- voraussichtlich 11.-13.11.** Castor-Transport von La Hague nach Gorleben
- G8 Gipfel 2006 15.-17.7.06** in St. Petersburg
- G8-Gipfel 2007** in Heiligendamm

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 3. Sonntag 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergänge in Rossendorf/Dresden
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



Erinnerungen für die Zukunft

Gorleben im November 2005

12 Euro, zu Bestellen bei der
BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg e.V.

Widerstands-Fussballturnier

Wir zeigen Polizei- und Atomstaat die rote Karte!

Am 8. Juli, dem Tag des WM-Spiels um Platz 3, findet das diesjährige Wendländische Widerstands-Fussballturnier statt.

Nicht der regelkonforme Fußball soll dabei im Vordergrund stehen, sondern "Spaß und Freude". Bewertet werden auch die einfallsreichsten Trikots.

Fantasievolle Bandenwerbung ist ausdrücklich erwünscht. Auf dem grünen Rasen können vor dem nächsten Castortransport ausgiebig Tempogegenstoß, Sturmlochlauf,

Verteidigung, Raumdeckung, fiese Bananenflanken und mann/frauschaftliche Geschlossenheit geübt werden.

Und auch das Publikum sollte nicht auf Zeit spielen. Kommt zahlreich.

Für ein abwechslungsreiches Neben- und Überraschungsprogramm, Getränke und leckere Kalorien ist gesorgt.

Abends kann nach dem Turnier das WM-Spiel gemeinsam angeschaut und/oder das Tanzbein geschwungen werden.

**Ich abonniere die
Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow,
Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 I
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff
Bildmaterial: ©Robert Knoth/Greenpeace, I+W Lowin, aaArchiv

Mitarbeit: Bernhard Mogge, Thomas Breuer, Dieter Kaufmann, Ak gegen Atomanlagen Frankfurt, Francis Althoff

Auflage: 1000
BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow
Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,
bi-luechow@t-online.de, www.bi-luechow-dannenberg.de,
Öffnungszeiten:
Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr